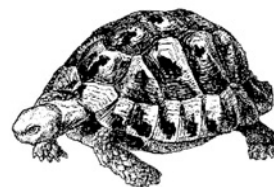


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Mit einem Fuß im Grab(en)?

Zur Tarifaueinandersetzung im Bauhauptgewerbe – von Lithurgos Ipar*

In: *express* 5-6/2024

Es war eine wohl historisch lange Laufzeit, die der Schlichter den Tarifverbänden in der letzten Entgelttrunde vorgelegt hatte: Als die IG BAU im Herbst 2021 den 33 Monaten zustimmte, war die Eskalation im Ukrainekrieg mit all ihren Folgen noch nicht abzusehen, kam die Baubeschäftigten aber bald teuer zu stehen. Nominell akzeptable Tabellenerhöhungen im oberen einstelligen Prozentbereich schmolzen regelrecht dahin, als die Lebensmittel- und Energiekosten nach der Invasion und den folgenden Sanktionen durch die Decke gingen. Mit lediglich 1.000 Euro Inflationsausgleichsprämie, zahlbar bis 2024, gestanden die Kapitalverbände den Beschäftigten Anfang 2023 ein überschaubares Zubrot zu, das weitgehend geräuschlos und ohne nennenswerte Gremienbeteiligung allgemeinverbindlich vereinbart wurde.

Vordebatten in der Organisation

2023 fand auch eine Debatte ihr Ende, die die vorherrschende Stimmung in der IG BAU recht gut zum Ausdruck brachte: Das 1979 abgeschlossene Schlichtungsabkommen im Bauhauptgewerbe sollte beibehalten werden. Am Ende der mehrmonatigen Diskussion waren die offensiven Stimmen aus dem Ehrenamt, die eine Kündigung gefordert hatten, klar in der Minderheit. Die meisten waren mit Blick auf die betrieblichen Strukturen in ihren Bezirken pessimistisch, was einen erfolgreichen Arbeitskampf anging, und setzten auch für die Zukunft auf die Schlichtung als einen vermeintlich bewährten »Garanten« für einen halbwegs gesichtswahrenden Abschluss. Trotz der langen Lauf- und damit Vorbereitungszeit traute kaum jemand der Organisation ein offensiv-kämpferisches Auftreten in den kommenden Lohnverhandlungen zu. Dass die Kapitalseite ohnehin, spätestens sichtbar mit der Ablehnung des Branchenmindestlohns, die scheinbar geringe Organisationsmacht der IG BAU auszutesten begann und sich nicht von den sozialpartnerschaftlichen Appellen der Gewerkschaftsspitze beeindrucken ließ, wollte kaum jemand wahrhaben. Eine beschlossene Neuverhandlung der Schlichtungsvereinbarung im ungekündigten Zustand war lediglich ein Formelkompromiss – dass die Gegenseite keiner Änderung an dem extrem streikeinschränkenden Vertrag zustimmen würde, war allen Beteiligten bewusst.

Die Ausgangslage am Bau

Auf die Forderungsfindung im Herbst 2023 hatten die Bauunternehmen die Öffentlichkeit mit monatelangem medienwirksamen Wehklagen über den eingebrochenen Wohnungsbau eingestimmt. Der IG BAU spielte hier aber die schwache Organisation im Hochbau (in den Verhandlungen vertreten vor allem durch den Handwerksverband ZDB) in die Hände. Im Tiefbau (hauptsächlich im Industrieverband HDB zusammengeschlossen), in dem die deutliche Mehrheit der Baulohnempfänger ihre Brötchen verdient, hatten sich die Konjunkturschwankungen kaum niedergeschlagen. Die Umsätze und Auftragsbestände klettern in der Bauindustrie nach wie vor von einem Allzeithoch zum nächsten, für 2024 haben die Branchenriesen (nach Beschäftigtenzahl) bereits deutliche Dividendenerhöhungen in Aussicht gestellt. Die Bundes-

tarifkommission für das Bauhauptgewerbe einigte sich dann im Januar auf eine Festbetragsforderung von 500 Euro monatlich in allen Lohn- und Gehaltsgruppen und auf eine Laufzeit von zwölf Monaten. Die enormen Reallohnverluste vor Augen war das allerdings ein Spiegel der eher sorgenvollen Stimmung vor den Verhandlungen. Auch die Außenwirkung der eingängigen Forderung dürfte eine Rolle gespielt haben. Den *express*-Lesenden dürfte die IG BAU bekannt sein als die am stärksten schrumpfende DGB-Gewerkschaft: Über die Hälfte ihrer Mitgliedschaft hat die Baugewerkschaft in den letzten 20 Jahren eingebüßt; eine eindruckliche und leicht vermittelbare Forderung sollte die Mitgliederwerbung vereinfachen. Und tatsächlich verzeichneten die Fachgruppen im Laufe der Verhandlungen überdurchschnittliche Neueintritte, in den alten Bundesländern dabei stärker als im Osten.

Erwartetes Hochschaukeln

Der Verhandlungsverlauf folgte dann auch in diesem Jahr dem schon eingeübten Ablauf: Die beiden Kapitalverbände, in Tarifgemeinschaft unter Führung des Handwerksverbands, redeten die finanziellen Erfolge bis zur Absurdität klein, sodass ein freies Verhandlungsergebnis wie erwartet auch beim letzten Termin Anfang April in weiter Ferne lag. Ungewöhnlich zügig kam die Schlichtung zu einem Ergebnis: 250 Euro Festbetrag in den ersten zwölf Monaten, für die folgenden zwölf Monate prozentuale Erhöhungen im unteren einstelligen Bereich. Die Bundestarifkommission stimmte dem Spruch weniger einhellig zu als in den vergangenen Tarifrunden, zu groß war die Unzufriedenheit vor allem in westdeutschen Bezirken, die teilweise Festbeträge im oberen dreistelligen Bereich eingebracht hatten.

Auch die Kapitalfraktionen hatten erkennbar mit internen Meinungsverschiedenheiten zu kämpfen. Die über die Jahre gewachsene Kluft zwischen Bauhandwerk und -industrie war bereits vor den Verhandlungen offen zutage getreten, mehrere Landesverbände des HDB machten ihre Zustimmung schon vor der Erklärungsfrist öffentlich. Die internen Differenzen und ein hohes Quorum sorgten dafür, dass die beiden Kapitalverbände schließlich am 3. Mai 2024 in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Ablehnung des Spruchs bekanntgaben.

Damit endete die Friedenspflicht, die durch das Schlichtungsabkommen über die gesetzliche hinaus verlängert ist, und die IG BAU kündigte wie erwartet den ersten bundesweiten Arbeitskampf seit 2002 an. Hatte das höchste Angebot in den freien Verhandlungen noch unter vier Prozent gelegen, kündigten die ersten Großbetriebe schnell »freiwillige Lohnerhöhungen« von fünf (West) bzw. sechs Prozent (Ost) an. Die IG BAU wollte erst wieder Verhandlungen aufnehmen, wenn ein Angebot oberhalb des Schlichterspruchs vorgelegt würde.

Aufflackernde Streik-Strohfeuer

Zu ersten Streiks, denen die IG BAU eher entgegengezittert als -gefiebert hatte, wurde am 13. Mai in Niedersachsen aufgerufen, im Laufe der Woche wurden in ganz Deutschland Warnstreiks von zwei Tagen abgehalten. Allerdings erfolgten keine flächendeckenden Aufrufe, von Woche zu Woche wurden meist wechselnde Betriebe und Baustellen aufgerufen. Nach über zwei kampflosen Jahrzehnten und den Warnstreikschranken durch das Schlichtungsabkommen war auch unter den Mitgliedern die Spannung groß, ob sich eine ganze Generation ohne Streikerfahrung und nennenswerte Anbindung an Gewerkschaftsstrukturen schnell genug ins Tarifgeschehen einbinden lassen würde. Über 12.000 Streikende in der ersten Woche stimmten zunächst recht zuversichtlich: Beim letzten Flächenstreik 2002 folgten den Aufrufen in der Spitze nicht einmal 20.000 Beschäftigte, trotz der damals sehr viel umfassenderen bundesweiten Aufrufe zur Arbeitsniederlegung. Profitiert hat die Organisation wohl vor allem von den jüngsten Abschlüssen der Schwestergewerkschaften, deren gesteigerte Kampfbereitschaft und mediale Präsenz in den letzten Jahren an den Baubelegschaften nicht unbemerkt vorbeiging. Bei älteren Kolleg:innen war eine Mitgliedschaft vor dem Kampf häufiger zu finden, spürbar ist bei ihnen aber noch der Eindruck von zwei Jahrzehnten Baukrise mit dem Abbau von über einer halben Million Stellen im Bauhauptgewerbe. Trotz formell höherem Organisationsgrad und dem inzwischen eklatanten Arbeitskräftebedarf war hier das Zaudern und die Furcht vor Sanktionen größer. Jüngere Kolleg:innen, obwohl schwer von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen, legten die Arbeit schnell nieder, viele Quereinstei-

ger:innen waren schließlich nur wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten aus anderen Sektoren in die Baubranche gewechselt. Unter dem Eindruck der anhaltend hohen Nachfrage nach Arbeitskraft zeigten sie sich merklich konfliktbereiter.

Erhöhung mit drei Jahren Friedenspflicht erkaufte

Nach zweieinhalb Wochen wiederholter Warnstreiks wurden die Streiks am 29. Mai ausgesetzt. Anlass war ein neues Verhandlungsergebnis, zu dem sich die Tarifparteien bis zum 14. Juni ein Votum der Gremien einholen sollten. Dabei kamen die desolaten betrieblichen Strukturen der IG BAU zum Ausdruck, denn eine Urabstimmung war selbst drei Wochen nach der Schlichtungsablehnung noch nicht eingeleitet. Anlass zum Pessimismus für die Entscheidungsträger:innen in Frankfurt bot des Weiteren der Umstand, dass die punktuellen Aufrufe in der Mehrzahl der Regionen keine nennenswerte Dynamik ausgelöst hatten, teilweise war die Beteiligung im Verlauf sogar gesunken.

Nach derzeitigem Verhandlungsstand würden im ersten Jahr die Tabellen um einen Sockelbetrag von 230 Euro und 1,2 Prozent (West) bzw. 2,2 Prozent (Ost) angehoben. Im Westen sollen die Entgelte in den folgenden Jahren (!) nochmal um 4,2 Prozent (April 2025) und dann 3,9 Prozent (April 2026) steigen. Der Osttarif steigt prozentual höher, sodass er dann in der letzten Stufe das Westniveau erreicht. Die 2021 vereinbarte Angleichung träte damit einige Monate früher in Kraft, als damals vertraglich vereinbart worden war.

Die vollständig tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte wurde in der Mitgliedschaft positiv aufgenommen. Auf umso deutlichere Ablehnung traf aber die Laufzeit von drei Jahren. Nichtsdestotrotz nahm die Bundestarifkommission das Gesamtpaket am 5. Juni mit deutlicher Mehrheit an. Auch im Ehrenamt hatte sich schlussendlich die Ansicht durchgesetzt, dass ein Erzwingungsstreik die Gegenseite nicht ausreichend unter Zugzwang setzen würde.

Ob die neu gewonnenen Mitglieder den Abschluss für ausreichend halten, könnte sich bald an den Austrittszahlen zeigen. Sollte in den nächsten Jahren die Lohnlücke zu anderen Branchen weiterwachsen, dürften insbesondere junge Beschäftigte nicht nur der IG BAU, sondern der Branche in Gänze den Rücken kehren. Für die IG BAU bleibt für die Zeit nach dem Abschluss die Herausforderung, den Mitgliederzuwachs in eine nachhaltige Stärkung der Organisation zu überführen. Ein Kurswechsel der Gewerkschaftsspitze hin zu mehr Beteiligung und Strukturaufbau in den Betrieben zeichnet sich aber nicht ab. Der Rückgang an Personal in den letzten Jahren und eine anhaltende Vernachlässigung der Bildungsangebote für Ehrenamtliche lassen befürchten, dass der kurzzeitige Mitgliederzuwachs so schnell wieder abreißt wie die Streikaktivität.

** Lithurgos Ipar kommt aus Süddeutschland, ist im Bauhauptgewerbe beschäftigt und auch außerhalb des eigenen Betriebs in verschiedenen IG BAU-Strukturen aktiv.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., NiddasträÙe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Tarifrunde 2024 Bauhauptgewerbe: 500 Euro mehr Einkommen für Gewerbliche, Angestellte und Auszubildende](#)